



dem also die geforderte Verdoppelung der Brauereiertrage? Das  
 Brauereiertrage wird nicht werden, die Brauereiertrage können es nicht  
 werden, alle nur die Brauereiertrage werden es nicht werden, die Brauereiertrage  
 die kleineren, können die verdoppelte Brauereiertrage nicht tragen; sie  
 würden dann ohne jeden Gewinn, ja sogar mit diesem Verlust arbeiten.  
 Das ganze Brauereiertrage würde also einen außerordentlich hohen  
 Schaden erheben, wenn sich die Verdoppelung der Brauereiertrage auf das  
 Brauereiertrage nicht beschränkte, der Brauereiertrage, so ist  
 L. ein sehr hohes Entgelt, der Brauereiertrage hat keine Gebühre,  
 und keine noch, nach zwölf Jahren, ist der Brauereiertrage sehr gering, als  
 vor dem Aufschlag. Die Brauereiertrage an Bier hat sich in  
 Bayern allerdings erhöht, aber doch nur auf Grund des wachsenden  
 Gewinns nach Verdoppelung, so werden sich die bayerischen Brauereiertrage  
 gewinnlos machen. Die deutsche Brauereiertrage nach dem Brauereiertrage  
 ist erweislich zurückgegangen; wo soll das die norddeutsche Brauereiertrage  
 Bedingung für die sogenannte Verdoppelung sein? Wie sich die  
 Brauereiertrage gestalten könnte, ist wird in jedem Falle für die Brauereiertrage  
 industriellen vorteilhaft sein; schon jetzt hat sie viel Nutzen  
 gebracht. Ich kann deshalb nur raten, ihr ein freies Geheiß  
 zu erteilen.

Staatssekretär von Malahn geht auf die von dem Vordere  
 benannten städtischen Grundbesitz der Wäpse zur Anlage ein und  
 hält dieselben im vollen Umfange aufrecht. Wenn in Bayern die Zahl  
 der Brauereiertrage zurückgegangen ist, wie der Vordere behauptet, so ist  
 das keine Folge der Verdoppelung, sondern das die hohe  
 Kapital der Brauereiertrage ermöglicht und so seien große Brauereiertrage  
 an Stelle vieler kleiner Brauereiertrage entstanden. Reiner  
 bleibt dabei, daß Norddeutschland die Steuererhebung recht gut tragen  
 kann.

Vordere Finanzminister von Rietel: Ich muß vor allen  
 Dingen der Behauptung entgegenstellen, daß in Bayern in Folge des  
 Maßsteuererlasses Zustände von Gräueltaten verübt worden sind.  
 Nicht ist, daß die kleinen und mittleren Brauereiertrage hier in einer  
 weniger günstigen geographischen Lage befinden, als früher. Das ist  
 ein Irrthum, eine Folge des Gräueltats, der Gräueltats, der Gräueltats,  
 Stellung von Grundbesitz in Gräueltats u. s. w. Mit der Steuer  
 Erhebung hat dies nicht gemein, hingegen haben sich die an  
 Maßsteuererlass in Bayern geknüpften finanziellen Hoffnungen im  
 Allgemeinen erfüllt, der beste Beweis, daß die Schritte des Abg. Gold  
 Schmidt unzutreffend sind. Unrichtig sind auch die Angaben des Abg.  
 Goldschmidt über den Bierkonsum in Bayern. Es geht hier aus noch  
 Gegenden, in welchen überhaupt kein Bier getrunken wird, wobei  
 mittags noch Blauschnitt. Der Konsumrückgang im Uebrigen ist  
 gering, doch auf einen Zusammenhang dieser Erscheinung mit dem  
 Maßsteuererlass nicht hingewiesen werden kann. Die Brauereiertrage  
 Brauereiertrage hat sich in Bayern, nach der Statistik, die  
 früher keine Einträge zahlen konnten, befinden sich heute in  
 gemüthlicher Lage, und das Bier ist trotz der höheren Steuer besser  
 geworden.

Abg. Gump (Str.): Für die nicht zur Brauereiertrage  
 gehörigen deutschen Staaten erwächst aus der Vorlage eine erhebliche  
 Erhöhung, welche sich in Bayern, nach der Statistik, die  
 durch Erhebung der direkten Steuern gedeckt werden könnten. Ich  
 kann nur die Hoffnung ausdrücken, daß die Maßsteuererlage so  
 geändert wird, daß diese Steuererlagen ganz überflüssig werden.

Abg. Gump (Str.): Von den neuen Steuererlagen, welche  
 und angegangen sind, hat sich in Bayern, nach der Statistik, die  
 volle Zustimmung unserer politischen Freunde. Gegen die Brauereiertrage  
 Erhöhung bestehen vorerwähnte Bedenken. Ich hätte die in Er  
 wägung genommen, aber dann wieder solche gelassene Compromiss  
 ferner für einen durchaus glücklichen Schritt gehalten, und eine Quittung  
 und Interaktion, welche sich zur Lösung der Unruhen der  
 Maßsteuererlage eignen würden, als die beste Lösung angesehen.  
 und soll es auch sein; sie wird also in letzter Linie von den Konsumten  
 getragen werden müssen. Das Maßgesetz des Abg. Goldschmidt  
 noch etwas zu dunkel gefaßt. Das das Brauereiertrage sehr einträglich  
 ist, beweisen die Beispiele, welche die Grund und Boden in  
 Berlin so beträchtlich an der Preissteigerung in Bayern, nach  
 der Statistik, gezeigt werden. Und die Norddeutschen solcher  
 Beispiele verlangen, ist unrichtig. Wenn die Herren ihr Bier billiger  
 verkaufen, werden sich auch einfache Leute freuen. Ueber die Lieberungs  
 abgaben und den Zoll aus ausländischen Bier müssen besondere  
 Bestimmungen in die Vorlage aufgenommen werden. Ich hoffe, es  
 werden sich Mittel und Wege finden lassen, die obwaltenden Bedenken  
 zu zerstreuen.

Abg. Rösche (natl.): Durch diese Vorlage wird die norddeutsche  
 Brauereiertrage ganz entlassen zu Gunsten der süddeutschen be  
 nachteiligt; es ist deshalb auch nicht zu verwundern, daß der bayerische  
 Finanzminister die Vorlage nicht angenommen zu haben sonnte.  
 Die Brauereiertrage müssen die Steuer umändern suchen, und dieser ist  
 es auch noch nie gewesen, einer besonders hoch befürworteten Aufnahme  
 diese Abänderung auf das Brauereiertrage zu verbieten. Das geschieht erst  
 bei dieser Vorlage. Ob die Vorlage so bald, wie sie ist, so muß sie  
 zur Beilegung der Unruhen in Bayern dienen. Die kleinen Brauereiertrage  
 auf dem Markt werden aber an besten dem Brauereiertrage entgegen.  
 Es ist ungewiß, wie ein und dieselbe Regierung zwei in so  
 entgegengelegte zu einander stehende Vorlagen, wie das Brauereiertrage  
 und diese Brauereiertrage dem Reichstag unterbreiten kann. Auf  
 Bayern kann man nicht verzichten. Die bayerische Brauereiertrage  
 arbeitet unter viel günstigeren Verhältnissen, als die norddeutsche; sie  
 ist aber trotz allem nicht auf Kosten getrieben, da von den bayerischen  
 Brauereiertragen fünf im vorigen Jahre überhaupt keine Einträge  
 zahlen konnten, und die kleinen Brauereiertragen in Vordringung  
 sind. Es sind fast offene Hände des bayerischen Steuererlasses.  
 Die Berliner Biertrage hat sich in Bayern, nach der Statistik, die  
 sich für die glänzendste Ausstattung ihrer Borte ihr Bier mit 60 Pfennigen  
 pro Eiter bezahlen lassen, wobei sie noch 32 Pfennige trotz der Frucht

verleihen. Der Bierkonsum in Bayern ist viel größer als bei uns, und  
 das ermöglicht auch billigeres Bier, hingegen hat der norddeutsche  
 Biertrage höhere Steuern, als der süddeutsche, er kann daher die  
 Steuererhöhung ummäßig tragen. Reiner bestrafte jetzt, noch  
 einen Staffeltaxt zu Gunsten der kleinen Brauereiertrage und spricht  
 sich gegen die Hoffnung aus, daß auch dieser Verlust: Das Bier höher  
 zu verkaufen, leichter werde, um so mehr, als die Begründung hienüber  
 fast ist.

Demnach wird die Weiterberatung bis zum Mittwoch, Mittwoch 11 Uhr  
 verlegt (Vorlegung der Abgeordneten Debatte und Interpellation  
 über die Maßsteuererlage).

**Preussischer Landtag.**  
 (Originalbericht des „General-Anzeiger“.)  
 Abgeordnetenshaus.  
 11. Sitzung.

12. Mr. Das Haus ist möglich feierl. Am Bundesratspräsidenten  
 Finanzminister Dr. Miquel und Kultusminister Dr. Hoff.  
 Präsident: von Kottwitz teilt mit, daß bei der letzten Sitzung  
 des Hauses im November d. J. beschlossen wurde die Abg. Gump (Str.),  
 Gump (natl.), v. Bode (Str.), Reichensperger (Str.), Reichensperger  
 der Name des Abg. Reichensperger mit unserer parlamentarischen  
 Geschichte verknüpft. Die bevorzogene Bezeichnung des Verstorbenen,  
 seine allezeit rühmliche Thätigkeit haben sich ein dauerndes Andenken in  
 diesem Hause. Die Mitglieder haben sich während der Abreise des  
 Verstorbenen in Berlin am 10. d. M. im Abg. Reichensperger  
 der Tagesordnung eingetretet: Erste Beratung des Gesetzentwurfes  
 betr. die Aufhebung von Stolzgebühren in der evangelisch-reformirten  
 Kirche der Provinz Hannover.

Abg. Fröb. von Deetmann (Str.) betont, daß seine Partei zur  
 Entgegennahme des Beschlusses habe, daß die gleiche Gleichstellung,  
 welche durch diese Vorlage der evangelischen Kirche zugewendet wird,  
 späterhin auch der katholischen Kirche zu Theil werden sollte.  
 Kultusminister Dr. Hoff erwidert, daß Verhandlungen über diesen  
 Punkt bereits mit den katholischen Bischöfen eingeleitet worden sind.  
 Die Vorlage wird abhören in erster und zweiter Lesung ohne alle  
 weitere Debatte angenommen werden.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes betr. die Verbesserung  
 des Volksschulunterrichts und des Dienstverhältnisses der  
 Volksschullehrer.

Kultusminister Dr. Hoff weist darauf hin, daß es ihm, als es  
 ihm die Vorlage zu überlegen habe, daß die gleiche Gleichstellung,  
 nicht möglich gewesen ist, sofort ein neues Volksschulgesetz dem Haus  
 zu unterbreiten, nachdem die frühere Vorlage von der Staatsregierung  
 selbst zurückgezogen war. Auch ein Schulabgabengesetz war in dem  
 Augenblicke, wo die Staatsregierung in Angriff genommen war, schon  
 aus fernestehenden Gründen eine Unmöglichkeit. Das kann  
 aber nicht werden, der Herr vordere, der Herr Reichensperger, der  
 preussischen Gemeinden die Schulstellen 30 Prozent aller Steuern  
 tragen. Nun befehlen aber hinsichtlich der Beförderung der Volksschul  
 lehrer so ungerade Verhältnisse, daß man mit dem allgemeinen Ein  
 wande, „die Lehrer haben keinen empfangen“, darüber nicht fortkommen  
 können. Die Vorlage wird abhören in erster und zweiter Lesung ohne  
 weitere Debatte angenommen werden. Der Minister legt an einer großen Zahl von Eingekommen  
 daß viele Gemeinden nicht mehr aufbringen können, als es heute ge  
 schieht, und weist dann, ebenfalls an der Hand amtlicher Angaben  
 nach, wie wenig es noch verhält mit den Schreibern und stellt sich  
 über die Behauptung, daß die Lehrer sich in früh zurückziehen und  
 daher in Berlin, wo die Schulen, haben die Lehrer keinen empfangen  
 fundern, welche ergeben haben, daß diese Angabe unrichtig ist. Nur  
 ein sehr geringer Theil der Lehrer ist vor dem 12. Lebensjahr ver  
 heirathet. Die bisher können die Dinge umwandelte weiter gehen, sonst  
 ist unsere Volksschule ernstlich gefährdet. Mamentlich gefährdet die  
 Lage der Volksschullehrer, welche die Vorlage in der ersten Lesung  
 der Schule einbringen, die Eingekommen des Unterrichts. Was unsere  
 Vorlage auch wohl im Einzelnen der Verbesserung bedürftig sein, im  
 Ganzen entspricht sie der Nothwendigkeit, und ich hoffe, daß wir darüber  
 eine Verständigung erzielen werden.

Abg. v. Franke (natl.) fragt sich nicht mit dem Gedanken der  
 Freunden, die zur Förderung der Volksschule bestimmten Summen aus  
 den Ueberschüssen der Einkommensteuer zu entnehmen, wie es die Vor  
 lage will. Reiner beantragt die Bezeichnung des § 1 des Entwurfes  
 an die Steuerkommission.

Abg. v. Franke (natl.) findet den Kernpunkt der Vorlage ebenfalls in  
 der Bezeichnung, die zu entnehmen, deren Ueberschüssen der  
 Einkommensteuer zu entnehmen. Reiner stellt der Vorlage im  
 Allgemeinen nicht unpopulär gegenüber, hat aber doch auch gewisse  
 Bedenken.

Abg. Fröb. v. Münneberg (natl.) kann einen Nothstand in  
 der Provinz nicht anerkennen. Die Gelder sind mehrfach und ge  
 nügend angeordnet und es ist deshalb nicht möglich, sofort weitere  
 Schritte zu thun. Aufrechter wird auch diese Vorlage nicht bringen.  
 Die Schulabgabengesetze kann man zusammen mit der ganzen Schul  
 reform stellen werden, und es ist zu wünschen, daß die Regierung diese  
 Initiative aufnehmen wird. Die Vorwürfe des Ministers gegen die  
 Schulabgabengesetze werden heute nicht für überliefert. Die finanzielle  
 Seite der Vorlage wird zunächst die Steuerkommission beschäftigen.  
 Erst dann können wir weiterreden.

Abg. Hohberg (natl.) ist der Ansicht, daß die Vorlage bringens  
 den Lehrkräften abgeben kann und wird, wenn sie auch sehr ver  
 breitet sind, die zu veranlassen, Mängel, welche die Vorlage nicht  
 wohl beseitigt werden. Wir beantragen zu dem Zweck.

worthvoller sein müsse, wenn eine so große Belohnung für  
 ihr Zutrifft werden bezahlt würde, so war ihm dieser Zutrifft  
 schon ein zu ungeschicklicher Schritt, daß er sich diesen  
 um jeden Preis sicherstellen wollte. Er konnte ja nicht  
 wissen, ob die anderen Papiere sich zu Geld machen ließen,  
 ob sie nicht im Gegentheil ihm Schaden bringen könnten,  
 wenn er, ihren Rest zu verkaufen, wo immer jemand um  
 ihre Bedeutung befragen würde.

Unter solchen Gedanken war er mit seinem Begleiter bis  
 zum Kaufhaus Willens, einem schloßähnlichen, Kultur  
 geschmackten Gebäude, gekommen. Ein fünfjähriger Knabe  
 herrschte in den Geschäftsräumen und erreichte seinen Höhe  
 punkt in dem Arbeitszimmer seines Vaters, in welches Janos  
 und sein Geleitmann von einem Diener geführt wurde.

Banquier Willens ging beim Eintritt der Beiden erregt  
 in seinen Kabinett an und ab, aber ein fremdlicher Zug  
 hinderte über sein Gesicht, als er an der Seite des ihm wohl  
 bekannten Verlegers Janos bemerkte und in dessen Händen  
 seine verlorene Briefstafel.

„Sie haben mein Portefeuille gefunden?“ riefte er  
 sofort das Wort an diesen, der ihm die Tafel auch, ohne  
 eine Minute zu zögern, hureidierte.

„Sie verzeihen, Herr Silberzug“, wandte sich der Banquier  
 nun zu dem neben Janos stehenden Druckerbesitzer, „ich will  
 nur rasch nachsehen, ob in der Tafel auch alles in Ordnung  
 ist, und dann dem Finder danken und meinem Pfand ent  
 sprechend belohnen.“

Atmosphäre Stille herrschte in dem kleinen Raum, dann  
 vernahm kein anderer Geräusch, als das herberhafte Nach  
 zählen der Papiere in den Händen des Banquiers dessen  
 Zuge sich mehr aufstellten, denn er hatte den Inhalt seines  
 Portefeuilles vollständig intact gefunden.

(Fortsetzung folgt.)

Stammminister Dr. Miquel weist die Befürchtungen des Abg.  
 v. Franke zurück, daß die Vorlage die Mittel aus unzulänglich  
 würde und meint, daß manche Bestimmungen der Vorlage überhaupt  
 ganz fallig verfallen würden. Der Staat will den Gemeinden  
 keinerlei Abgabe nehmen, aber es müsse eine bestimmte Regelung der  
 heutigen unruhigen Verhältnisse erfolgen. Wenn ein neues Schulgesetz  
 den Landtag beschäftigen würde, ist heute nicht möglich. Die Ent  
 wendung der Mittel aus den Ueberschüssen bei der Einkommensteuer  
 unterliegt keinerlei Bedenken.  
 Abdom wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr verlegt.

**Politische Uebersicht.**  
 Deutsches Reich.

\* Berlin, 10. Januar. (Goschardt.) Der Kaiser  
 wollte am heutigen Tage in Charlottenburg und wohnte dabei  
 mit den dort eingetroffenen Ministern der Verwaltungsbüro  
 und dem darauf stattfindenden Festessen. Morgen früh  
 8 1/2 Uhr wird der Kaiser mittelst hervorragender Genannten wieder  
 verlassen und über Jüchen, Hannover und Osnabrück zu  
 nächst zum Besuche an den großherzoglichen Hof nach Karlsruhe  
 reisen.

(Kommt er, kommt er nicht!) Diese Frage und  
 Antwort, welche regelmäßig in die Mode kommt, wenn ein  
 Besuch des Jaren in Berlin in Vorbereitung ist, läßt sich augen  
 blicklich auf den Jaremski anwenden. Von diesem hier es  
 unläugbar, er werde am Geburtstag des deutschen Kaisers  
 in Berlin der Hochzeit der Prinzessin Margarethe mit dem  
 Prinzen Friedrich Karl von Hessen beiwohnen. Die Nachricht  
 wurde jedoch alsbald dementirt, um nach kurzer Frist nochmals  
 aufzutreten und wiederum als falsch bezeichnet zu werden. Nun  
 mehr mit die Frau, die Jaremski positiv erfahren haben, daß  
 der Jaremski die Einladung des Kaisers angenommen  
 habe; derselbe werde also voraussichtlich auch der Feier des Ge  
 burtstages Kaiser Wilhelm's beiwohnen. Sollte sich die Nachricht  
 bestätigen, so würde sie in Paris mit sehr günstigen Empfindungen  
 aufgenommen werden.

(Der deutsche Botschafter in Paris, Graf  
 Münster) wird demnach in Berlin eintreffen, um mündlich einen  
 genaueren Bericht über die gegenwärtige Lage in Frank  
 reich abzugeben. Man sieht in Berliner ungewissen Kreisen  
 die politische Lage in Frankreich als äusserst kritisch an.

(In den „Samb. Nachr.“) wird die Behauptung des  
 Reichsminister v. Moltke wegen Bismarck's entschieden zurück  
 gewiesen. Eine solche Behauptung hat niemals existirt. Mög  
 liche Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Herren haben nur  
 in Bezug auf den schleswig-holsteinischen Kanal während ihrer  
 gemeinsamen Arbeit stattgefunden, indem Graf Moltke in seiner  
 Eigenschaft als Vorkämpfer der Landesvertheibungsgesamtheit  
 die Zustimmung des Königs zur Juangriffnahme dieses Kanals  
 längere Zeit hindurch verhindert, während der Reichsminister je  
 seit 1864 stets mit gleicher Leberzeugung vertrat. Zu einer persön  
 lichen Verständigung haben aber diese Meinungsverschiedenheiten  
 niemals geführt.

Wieder sagt das Kanonierblatt: „Sch  
 marck'schkeit“ wird von der Seite der westlichen Welt, an  
 dem Reichsminister v. Moltke auf unsere Verhältnisse in Strasburg,  
 Metz, Mainz und Koblenz zu übertragen, daß er es, wenn der  
 Krieg mit zwei Fronten ausbräche, für möglich hielt, sich an der  
 Westgrenze so lange auf die Defensiv zu beschränken, bis der  
 russische Krieg zu Ende geführt ist. Er war der Ansicht, daß die  
 französische Kriegführung unfähig sei, bei unseren Eisenbahn  
 Verbindungen und Verfestigungen auf der Westgrenze letztere zu  
 durchbrechen und damit aber den russischen Krieg bis zum Ablauf  
 der Jahre und ganz Frankreich gegenüber von der Defensiv zu  
 dem Angriff übergeben zu können. Das man die Westgrenze  
 auch jetzt noch für gefährdet hält, beweist die Aufstellung von  
 einem Artillerie Regiment an der Westfront, sowie die  
 Pruzinische Besatzung gegen den Kaiserlichen Bismarck, dessen  
 ein Streichzug zu Gunsten der Militärverwaltung der  
 den Anblick erwecken muß, als sei man um bessere Gründe be  
 wegen. Wenn man die Durchführung der Militärverwaltung vertreten  
 will, so glauben wir, daß sich dafür zahlreicher und christlicher  
 Gründe anführen lassen, als solche Windbeutelereien, die der  
 Sache, die man vertreten will, nur schaden.“

(Einem positiven Auslegervorschlag bezüg  
 lich der Militärverwaltung) begreifen wir in der Natl.  
 Corr.“ Sie erklärt sich für die vieren Bataillone mit verhältnis  
 mäßig starken Infanterie und Artillerieausstattungen. Die Schaffung  
 dieser Bataillone ist nur die Konsequenz der zwölfjährigen Dienst  
 zeit. Das ergibt sich gegen den Kaiserlichen Bismarck, dessen  
 Präsidenten und bei der Feldstation der Infanterie-Regimenter in  
 dem beschriebenen Maße möglich ist. Die Vorlage vermehrt ohne  
 die Zahl der Stammausstattungen für das Infanterie-Regiment  
 schon um die 150 Mannschaften des vierten Bataillons, so daß  
 sich für jedes der drei Feldbataillone ein Mehr von 50 Mann er  
 gebe oder 15 Mann für jede Kompanie. Hiermit ist für die  
 Aufstellung der Kriegserformation schon eine erhebliche Erleichterung  
 geschaffen.

(Die Gehalt der Weissenhof's-Unterstützungen  
 von Hauptmann Willens und Unge anrecht erhalten. Der  
 Namen ihres Berliner Gewerksmannes zu ver  
 öffentlichen, verzieht ihnen ihr vererbtes Erbe. Mit Ge  
 nehmigung befehlen werde er aber einem angesehenen  
 Schweizer Parlamentarier unter Vorlage des voll  
 ständigen Beweismaterials genannt werden, wodurch  
 die Vererbung zur Annahme der Gehalt erwiesen werde. Die  
 Publikation von Briefen, aus denen die hohe Stellung ihres Ver  
 leih Gewerksmannes hervorgeht, behalten sich Müller und Jung  
 vor. — Das „Berl. Tagbl.“ erfährt, daß jene hohe Persön  
 licheit, welche die Weissenhof's-Unterstützungen nach Paris  
 übermittelte, ein französischer Beamter des zuletzt verstorbenen  
 Fürstlichen von Hessen war. Dieser Beamte lebt noch in  
 Berlin, um in der That an einem Ausnahmefalle, welches  
 sich wieder leisten.

(Die freisinnige Partei des Reichstages) trat vor  
 der heutigen Plenarsitzung zusammen und beschloß, die Steuer  
 vorlagen, gegen welche diese Petitionen vorliegen, aus Ent  
 schiedenheit zu bekämpfen.

(Das Strafverfahren gegen Hlward) ist, wie  
 in der heutigen Reichstagsitzung von Präsidenten von Bismarck  
 mitgeteilt wurde, gemäß dem Beschlusse des Reichstages vom  
 10. December für die Dauer der gegenwärtigen Session sistirt  
 worden.

(Zum Bergarbeiterstreik) ist mitgeteilt, daß in  
 Saarbrücken am heutigen Montag die Bergarbeiter  
 Verträge wieder angenommen hat; 10000 Mann waren ange  
 fahren. Die Zahl der Strikenden beträgt noch 18000. Die  
 Rheinisch-westfälischen Kohlenarbeiter hatte sich die Zahl der  
 Strikenden heute nicht unbedingt vermehrt; sie betrug gegen  
 7000. Man hört schon Stimmen von Hülfsarbeiten, die, wenn  
 nicht morgen, längstens Donnerstag ein Aufbruch erfolgt, die  
 Sache vorlegen geben.

(Die sozialdemokratische Nothstands-Inter  
 pelation) wird im Reichstag morgen zur Verhandlung  
 kommen.

hab'n's dem?“ unterbrach die Alte plötzlich ihren Rede  
 form'n, einen Blick auf Janos werfend, der einen Jubelschrei  
 ausstieß, sich über des Kindes Weile bezugte, es jauchend  
 aus dem Schlafe rief, und wie toll mit ihm in der Kammer  
 umherlachte.

„Was ist das, Frau Mertens? Zwanzigtausend Gulden  
 hab' ich — denn ich hab' die Tausend g'haben — ja Janos's  
 her, da ist sie, und all' das viele Geld ist drinnen und noch  
 viele andere Papiere auch, die ich nicht weiter verstaß.“

„Jesse, Jesse, nein, so a Glüd“, schrie mit die alte  
 Frau, „laufen's doch auf die Drucker, so schnell wie's laufen  
 können, damit Sie hören, wer das Geld verdorben hat —  
 laufen's nur — nein, so a Glüd.“

„Ja, ich geh' schon, da, Frau Mertens, nehmt's das  
 Kind, mein Pringessel, i muß fort, i muß fort.“

3. Kapitel.

Die alte Wäscherin, die voll Stammen ihrem davoneilen  
 der Mieder nachsch, stehen lassend, hatte Janos, nachdem  
 er ihr das Kind an den Arm gegeben hatte, die Treppe  
 hinunter und frag sich nach der Drucker, die die bewußten  
 Plakate an den Ecken anhängen ließ, durch. Dasselbe an  
 gekommen, theilte er dem Besizer seinen Fund mit und ver  
 langte die Adresse des Banquiers, der die Briefstafel ver  
 loren. Der Druckerbesitzer unterdrückte beim Anblicke des  
 Zigeuners gewaltsam den Gedanken, etwa einen gewandten  
 Tauschhandel vor sich zu haben, gab ihm die nähere Adresse,  
 hielt es aber trotzdem für ratsam, ihn nicht mehr aus den  
 Augen zu lassen, und trug ihm an, ihn persönlich zum Banquier  
 Willens zu geleiten.

Janos willigte freudig ein, denn obgleich er seinen Fund  
 aus eigenem Antrieb unter keinen Umständen zurückgeben  
 hätte, so war es ihm doch lieber, ihn auf diese Weise vor  
 aller Welt behalten zu dürfen, und wie er sich auch im Stillen  
 sagte, daß der übrige Inhalt der Briefstafel ein überaus





